



Newsletter International

Nr. 7/2021

Die wichtigsten Meldungen im Überblick

Bundestag verabschiedet Lieferkettengesetz... mehr	44. Auflage der „K und M“... mehr
Erweiterung der EU-Sanktionen gegen Belarus... mehr	Ab 2022 neue Warentarifnummern möglich - 351 Änderungen zum nächsten Jahr... mehr
Die neue EU-Dual-Use-Verordnung... mehr	

Inhaltsverzeichnis

Internetadresse	Zoll
Veranstaltungen	Länder
Unternehmerreisen	Messen
Allgemeines	Veröffentlichungen

IHK Bonn/Rhein-Sieg, Bonner Talweg 17, 53113 Bonn
Ansprechpartner: Tobias Imberge, Tel 0228 2284-167, Fax 0228 2284-225

Internetadresse des Monats

Interaktive Weltkarte: Wege aus der Coronakrise

Germany Trade & Invest (GTAI) hat die „Interaktive Weltkarte – Wohin steuert die Welt nach der Coronakrise?“ auf ihrer Webseite veröffentlicht. Die Karte beinhaltet aktuelle wirtschaftliche Lageeinschätzungen des GTAI-Auslandsnetzes zu rund 100 Ländern weltweit. Unternehmen erhalten Einschätzungen zu den vier wichtigsten Branchen und damit verbundenen Geschäftschancen.

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/wege-aus-der-coronakrise>

Webinare & Veranstaltungen

Virtuelle Informationsveranstaltung zur neuen EU-Dual-Use-Verordnung | Aufzeichnung und Präsentation

Bei der gemeinsamen Online-Veranstaltung von DIHK, IHKs und BAFA am 16. Juni erfuhren die rund 1.800 Teilnehmer via Livestream, was von der neuen Dual-Use-Verordnung zu erwarten ist. Die Aufzeichnung und die gezeigte Präsentation sind jetzt auf der DIHK-Webseite verfügbar.

[Videoaufzeichnung](#)

Webinar-Serie des ICC-Forums: Internationale Lieferketten der Zukunft, 30. Juni 2021 bis 26. Oktober 2021

Mit einem Workshop „Supply Chain Finance“, am 30. Juni 2021 von 10 bis 11:30 Uhr, setzt sich die am 16. Juni 2021 gestartete Webinar-Serie der International Chamber of Commerce ICC zum Thema Lieferketten der Zukunft fort. Die nachfolgenden Workshops bis in den Monat Oktober 2021 befassen sich mit den Themen internationale Handelspolitik, Kreislaufwirtschaft, Verantwortung in der Lieferkette und zur Lieferkette von morgen.

[Zur Seite des ICC.](#)

11. IHK-Außenwirtschaftstag NRW, 23. September 2021, 9 bis 16 Uhr

Die von den 16 IHKs in Nordrhein-Westfalen durchgeführte größte Fachkonferenz zum internationalen Geschäft geht in die nächste Runde: Am 23. September 2021 findet der coronabedingt um ein Jahr verschobene 11. IHK-Außenwirtschaftstag NRW digital statt – mit einem spannenden Programm und dem deutschen Ex-Außenminister Sigmar Gabriel. Informationen zum Programm und zur Anmeldung [hier](#).

(Virtuelle) Unternehmerreisen

Digitale Geschäftsanhörung Bolivien: Lebensmittel und Verpackungstechnologie, 13. bis 17. September 2021

Die Unternehmerreise richtet sich an KMU aus den Branchen Maschinen – und Anlagebau, hier: Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen. Sie wird gefördert im Rahmen des BMWi-Markterschließungsprogramms MEP. [Website der Veranstaltung](#)

Wasserssektor: Markterkundung nach Tansania und Uganda, 25. bis 28. Oktober 2021

Die Unternehmerreise nach Tansania und Uganda vom 25. bis 28. Oktober 2021 findet im Rahmen der Exportinitiative Umwelttechnologien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für KMU statt. Die Reise richtet sich an deutsche Anbieter von Technologien und Produkten für den Wasserssektor. Eine verbindliche Anmeldung ist bis zum 23. Juli 2021 möglich.

Weitere Informationen sowie den Link zur Anmeldung finden Unternehmen auf der [Seite der AHK Kenia](#).

Allgemeine Informationen

Bundestag verabschiedet Lieferkettengesetz

Der Bundestag hat am Freitag, 11. Juni 2021, den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten angenommen. Ziel ist es, Menschenrechte und Umwelt in der globalen Wirtschaft besser zu schützen. Die Verantwortung der Unternehmen soll sich künftig auf die gesamte Lieferkette erstrecken, abgestuft nach den Einflussmöglichkeiten. Auch der Umweltschutz ist im Entwurf des Gesetzes erfasst, soweit Umweltrisiken zu Menschenrechtsverletzungen führen können. [Weitere Informationen](#)

NRW-Exporte im April 2021 um 32,9 Prozent gestiegen

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft exportierte im April 2021 Waren im Wert von 16,2 Milliarden Euro. Wie IT.NRW als Statistisches Landesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt, waren das 32,9 Prozent mehr als im April 2020. Der Wert der Importe lag mit 20,6 Milliarden Euro um 28,0 Prozent über dem Vorjahresmonat. Die Exporte des April 2019 (16,3 Milliarden Euro) wurden um 0,6 Prozent unterschritten. Die Importe lagen dagegen um 1,5 Prozent höher als im April 2019 (20,3 Milliarden Euro). [Weitere Informationen](#)

Bestnoten für E-UZ

Im Rahmen einer Kundenzufriedenheitsumfrage wurden IHK-Mitgliedsunternehmen befragt, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie die Anwendung „Elektronisches Ursprungszeugnis“ weiterempfehlen. Über 70% aller Teilnehmer (ca. 4.100) vergaben dabei die Bestnoten 9 und 10. Weitere Informationen zum Elektronischen Ursprungszeugnis: [hier](#)

Digitales COVID-Zertifikat der EU: Europäisches Parlament startet zum 1. Juli

Das EU-Parlament hat am 9. Juni der Einführung eines europaweiten digitalen Corona-Schutznachweises (sog. digitales COVID-Zertifikat der EU) zugestimmt und die hierzu vorgeschlagene Verordnung der EU-Kommission angenommen. Die Zertifikate bescheinigen, dass Personen geimpft bzw. getestet wurden oder Antikörper von einer früheren Infektion haben. Ab dem 1. Juli gilt die Verordnung für alle Mitgliedstaaten unmittelbar, zunächst befristet für 12 Monate. Den Text der Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat finden Unternehmen [hier](#).

KMU-Konsultation zu Kanada-Handelsabkommen CETA bis 09. Juli

Bis zum 09. Juli 2021 läuft anlässlich des vierjährigen Bestehens des EU-Handelsabkommens CETA eine gezielte EU-Konsultation für kleine und mittelständische Unternehmen. Die Konsultation zielt unter anderem auf Vorschläge zur Erleichterung des bilateralen Handels ab. Das Abkommen ist seit 2017 vorläufig in Kraft und für September 2021 planen die EU und Kanada einen hochrangigen Austausch zum bilateralen Handel von KMUs. Zur Konsultation auf der [Seite der EU-Kommission](#)

EU-VO: Überwachung von Barmitteln bei Grenzübertritt

Ab 3. Juni 2021 ist die VO (EU) 2018/1672 über die Überwachung von Barmitteln, die in die Union oder aus der Union verbracht werden, von den Zollbehörden anzuwenden. Eine der Prioritäten der Union ist die Förderung der harmonischen, nachhaltigen und integrativen Entwicklung des Binnenmarkts als Raum, in dem der freie und sichere Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist. [Weitere Informationen](#)

Bewerbung für den Deutschen Umweltmanagement-Preis

Betriebe, die erhebliche CO₂-Einsparungen realisiert haben, sich für biologische Vielfalt engagieren oder eine besonders aussagekräftige Emas-Umwelterklärung auch zur Kommunikation mit Kunden, nutzen, können sich noch bis zum 15. September um den neuen Deutschen

Umweltmanagement-Preis bewerben. Mit der Auszeichnung ehren der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), das Bundeswirtschaftsministerium, der Verband für Nachhaltigkeits- und Umweltmanagement und der Umweltgutachterausschuss Unternehmen für herausragende Leistungen im Klima- und Umweltschutz sowie in der Umweltkommunikation. Mehr dazu auf der [Seite des DIHK](#).

„Transatlantic Business Initiative“ soll den Dialog mit USA und Kanada verbessern

Neuer Schwung für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der EU sowie den USA und Kanada – das ist das Ziel der Transatlantic Business Initiative (TBI), die der Bundesverband deutscher Banken (BdB), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) am 16. Juni 2021 ins Leben gerufen haben. Mehr dazu auf der [Seite des DIHK](#).

Ländernotizen

Ägypten: Update ACI: Testphase verlängert

Das Finanzministerium Ägyptens hat am 23. Juni mitgeteilt, dass sich die Testphase der „Advanced Cargo Information“ (ACI) bis Ende September verlängert. Ab dem 1. Oktober ist die Nutzung des Systems verpflichtend. ACI zielt darauf ab, die Verfahren zur zolltechnischen Risikoüberprüfung und Freigabe von Waren bei der Einfuhr zu vereinfachen und zu beschleunigen. Es trägt darüber hinaus dazu bei, die Angaben von Exporteuren und Importeuren über das Single-Window-Portal „Nafeza“ (zu Deutsch „Fenster“) zu bündeln und zu verifizieren. Wenn die ACI-Nummer nicht in den Frachtpapieren enthalten ist, wird die Ware nicht verzollt. Weitere Infos zu ACI und „Nafeza“ hier: Für sämtliche Fragen von Unternehmen steht Frau May Khattab bei der AHK Ägypten zur Verfügung: Tel.: +202 3333 8452 Fax: +202 3336 8497 E-Mail: may.khattab@ahk-mena.com

[Weitere Informationen](#)

Brasilien öffnet Beschaffungsmarkt – auch für deutsche Unternehmen

Mit der Verordnung Nr. 107 des brasilianischen Wirtschaftsministeriums können deutsche Unternehmen seit dem 28. Oktober 2020 an öffentlichen Ausschreibungen der brasilianischen Regierung teilnehmen. Deutsche Unternehmen, die an einer Ausschreibung in Brasilien interessiert

sind, können sich hierfür im [Einheitlichen Lieferantenregistrierungssystem](#) registrieren lassen. Um an der Ausschreibung teilzunehmen, kann das Unternehmen statt der brasilianischen Registrierung – der sogenannten Steuernummer für juristische Personen (CNPJ) – seine internationale „D-U-N-S Number“ angeben. Weitere Informationen zur kostenlosen Erlangung der „D-U-N-S Nummer“ sind [hier](#) verfügbar.

Update: Brasilien ändert Gebühr für Außenhandelssystem SISCOMEX

Das Wirtschaftsministerium hat dazu am 16. April 2021 Verordnung Nr. 4.131 vom 14. April 2021 veröffentlicht und die Beträge für Zusätze auf der Einfuhranmeldung neu gestaffelt. Im integrierten Außenhandelssystem SISCOMEX müssen z.B. Einfuhranmeldungen für Waren registriert werden. Auch die Zahlung der Einfuhrabgaben können Importeure über das System vornehmen. Details zur Gebührenerhöhung auf der [Seite der GTAI](#).

AHK China: Charter Flüge nach China

Die Deutsche Handelskammer in China (AHK) hat, gemeinsam mit der Deutschen Botschaft, mit dem chinesischen Außenministerium (MFA) ein Verfahren zur Wiederaufnahme eines Fast-Track-Verfahrens für PU-Brief-/Visumanträge und Charterflüge diskutiert. Damit plant die Deutsche Kammer ausgewiesene Charterflüge, die deutschen Unternehmen in China helfen sollen, benötigtes Personal, deren Familien sowie kurzfristige Fachkräfte über den Sommer zu holen. [Weitere Informationen](#)

China verabschiedet "Anti-Sanktionsgesetz"

Das Gesetz zielt darauf ab, Chinas rechtliche Instrumente zum Schutz vor möglichen Auswirkungen ausländischer Gesetze und Sanktionen zu erweitern. Zuvor hatte das Handelsministerium (MOFCOM) zwei Maßnahmen erlassen: Die MOFCOM-Verordnung Nr. 4 aus dem Jahr 2020 zu den Bestimmungen über die "Unreliable Entity List" und die MOFCOM-Verordnung Nr. 1 aus dem Jahr 2021 zu den Regeln zur Bekämpfung der ungerechtfertigten extraterritorialen Anwendung ausländischer Gesetze und anderer Maßnahmen ("Blocking Statute"). Zudem ermächtigt das Gesetz chinesische Behörden, Unternehmen und Personen auf eine schwarze Liste zu setzen. Am 10. Juni 2021 hat der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Chinas (NVK) das "Gesetz der VR China zur Abwehr ausländischer Sanktionen" verabschiedet. Das Gesetz ist sofort in Kraft getreten. Eine englische Sprachfassung finden sie [hier](#).

Russland stellt Import von Futtermitteln aus Deutschland ein

Der russische Bundesdienst für tierärztliche und pflanzenschutzrechtliche Überwachung forderte Deutschland auf, ab dem 21. Mai 2021 vorerst keine Futtermittel mehr zu exportieren. Der entsprechende Einspruch wurde an das deutsche Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet. Grundlage seien wiederholte Fälle von nicht deklarierten GVO-Komponenten in Futtermitteln und Futtermittelzusatzstoffen. Details dazu auf der [Seite der GTAI](#).

Schweiz: Verhandlungen zum EU-Schweiz Rahmenabkommen gescheitert

Am 26. Mai 2021 hat die Schweiz die Verhandlungen zum EU-Schweiz Rahmenabkommen gestoppt. Das Abkommen ist damit gescheitert, sodass im bilateralen Handel für die Unternehmen mit mehr Handelshemmnissen und weniger Planungssicherheit zu rechnen ist. Die gegenseitige Anerkennung und die damit verbundenen Handelserleichterungen für Medizinprodukte zwischen der EU und der Schweiz gelten seit Ende Mai nicht mehr. Dies hängt mit der in Kraft getretenen neuen Verordnung über Medizinprodukte zusammen. Die EU hatte stets klargestellt, dass es ohne eine Einigung über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz auch keine Aktualisierung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung (MRA), einschließlich des Kapitels über Medizinprodukte, geben kann. Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen hatte die Schweiz abgebrochen. [Weitere Informationen](#)

Schweiz: Brexit Zirkular der Schweizer Zollverwaltung

Die Schweizer Zollverwaltung hat ihre Schweizer Firmen darüber unterrichtet, dass aufgrund der zum 01.09.2021 vorgesehenen Änderung der Ursprungsregeln im Handelsabkommen SCHWEIZ-UK Ursprungswaren der EU unter gewissen Voraussetzungen nicht mehr präferenzschädigend angesehen werden. Fragen können an die Auskunfts-Hotline des Schweizer Zolls gestellt werden unter der Rufnummer +41 58 467 15 15. Bitte entnehmen Sie Details dem Brexit Zirkular der EZV [hier](#).

Türkei beschränkt Import von Kunststoffabfällen

Die Türkei verbietet aktuell den Import von weiteren Kunststoffabfällen. Der Import von Kunststoff- und Glasabfällen in Verbindung mit verschmutzten beziehungsweise Haushaltsabfällen ist laut der Mitteilung aus der Türkei an die Kommission bereits verboten. Durch den neuen Rechtsakt

sind offenbar ab dem 18. Mai 2021 auch Kunststoffe aus der Ethylengruppe vom Importverbot betroffen. Unter bestimmten Voraussetzungen wird jedoch offenbar eine 45-tägige Übergangsfrist gewährt.

WTO sucht KMU-Unternehmensgeschichten bis 19. Juli

Die Welthandelsorganisation sucht bis zum 19.07.2021 KMU-Unternehmensgeschichten die während des diesjährigen WTO Public Forums Ende September 2021 vorgestellt werden sollen. Die Geschichte sollte kurz erläutern, wie das Unternehmen von der COVID-19-Pandemie betroffen war, welche Maßnahmen Sie ergriffen haben, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und wie der Handel Ihnen geholfen hat, die Herausforderungen zu bewältigen. Das Online-Bewerbungsformular in Englisch finden Unternehmen [hier](#).

Zoll und Außenwirtschaftsrecht

Die neue EU-Dual-Use-Verordnung: Präsentation und Mitschnitt des Livestreams zur Veranstaltung

Gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und den Industrie- und Handelskammern (IHKs) veranstaltete das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eine Online-Veranstaltung zu den praktischen Auswirkungen der Neuregelungen der VO EU 821(2021). Die Novelle der EU-Verordnung tritt am 9. September in Kraft. Die Präsentation des BAFA zur Veranstaltung gibt es [hier](#) im PDF-Format. Einen Mitschnitt des Livestreams können Unternehmen bis zum 1. Oktober 2021 [hier](#) auf der Seite des DIHK abrufen.

Die Angabe der Warennummer im Versandverfahren wird erst im ATLAS-Release 9.1 zum Pflichtfeld

In den letzten Tagen gab es vermehrt Rückfragen zur Angabe der Warennummer im Versandverfahren. Grund ist eine Änderung in der Neuauflage des [Merkblatts zu Zollanmeldungen](#). Dort wird im Versandverfahren die Angabe einer achtstelligen Warennummer verlangt. Dies hat zu Irritationen geführt. Der Stand ist folgender: Im aktuellen Standard NCTS 4, umgesetzt im ATLAS-Versand Release 9.0, kann die Warennummer freiwillig angegeben werden. Im Standard NCTS 5, der im ATLAS-Release 9.1 umgesetzt werden wird, muss die achtstellige Warennummer angegeben werden. [Weitere Informationen](#)

Genehmigungspflicht für COVID-19-Impfstoff – Neue EU-Verordnung

Mit Durchführungsverordnung (EU) 2021/1071 der Kommission vom 29. Juni 2021 hat die EU die Genehmigungspflicht für Ausfuhren von COVID-19-Impfstoffen sowie Wirkstoffen der „Durchführungsverordnung (EU) 2021/442 vom 11. März 2021 über die Einführung der Verpflichtung zur Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung bei der Ausfuhr bestimmter Waren“ sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2021/521 vom 24. März 2021 bis zum 30. September 2021 verlängert.

[Weitere Informationen](#)

ATLAS-Einfuhr und ATLAS-Ausfuhr: Wegfall von Lieferbedingungen

Die ATLAS-Info 0200/21 informiert, dass mit Änderung des Anhangs B UZK-IA vom 8. Februar 2021 und des TDA vom 7. Dezember 2020 entsprechend der Incoterms 2020 vorgenommen wurde. Damit entfallen die Codes DAF/ DDU/ DEQ/ DES, im einzelnen sind das DAF (Frei Grenze), DDU (Geliefert unverzollt die Codes DEQ (Geliefert ab Kai) und DES (Geliefert ab Schiff). Infolgedessen wurde die Codeliste A1840 zum 1. Juli 2021 angepasst, sodass die genannten Lieferbedingungen in ihrer konkreten Codierung nicht mehr angemeldet werden können. Der ATLAS-Info 0200/21 können Sie auch entnehmen, was anzugeben ist, wenn dennoch der Bedarf besteht, einen der genannten Lieferbedingungen zu verwenden.

[Weitere Informationen](#)

Ab 2022 neue Warentarifnummern möglich- 351 Änderungen zum nächsten Jahr

Zum 1. Januar 2022 tritt die neue Ausgabe der Nomenklatur des Harmonisierten Systems (HS) zur Einreihung von Waren im internationalen Handel in Kraft. Die neue Ausgabe enthält 351 Änderungen, die zahlreiche Waren im grenzüberschreitenden Handel abdecken. Die wichtigsten Änderungen des HS 2022 sind Anpassungen an den derzeitigen Handel durch die Anerkennung neuer Produktströme und die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialfragen. Die Weltzollorganisation (WCO) nennt die wichtigsten Änderungen, um so den Unternehmen die Vorbereitung zu erleichtern.

[Weitere Informationen](#)

Modernere Ursprungsregeln im Präferenzverkehr mit Jordanien

Die EU plant, die Freihandelsabkommen mit 20 Handelspartnern im PAN-Europa-Mittelmeerraum zu aktualisieren und die darin enthaltenen Ursprungsregeln zu modernisieren. Ziel sind flexiblere und unternehmensfreundlichere Ursprungsregeln. Im Amtsblatt der EU L164 wurde der Beschluss Nr. 1/2021 veröffentlicht, in dem bekannt gemacht

wird, dass die EU und Jordanien ab dem 1. September 2021 die modernisierten Ursprungsregeln anwenden werden.

[Beschluss Nr.1/2021 des Assoziationsrates EU-Jordanien vom 15. April 2021.](#)

Carnet-ATA in Brasilien ab dem 1. Juli 2021 ungewiss

Der Brasilianische Nationale Industrieverband (CNI) beabsichtigt sein Mandat als nationaler bürgerlicher Verband (NGA) für das Carnet ATA in Brasilien, welcher am 30. Juni 2021 ausläuft nicht zu verlängern. Zurzeit wartet die Internationale Handelskammer (ICC) als verwaltende Einrichtung auf eine offizielle Mitteilung aus Brasilien. Unternehmen, die beabsichtigen mittels Carnet ATA in Brasilien einzureisen, wird dringend die frühzeitige Kontaktaufnahme mit ihrer zuständigen IHK empfohlen. [Weitere Informationen](#)

Verlängerung der EU-Schutzmaßnahmen gegen Stahleinfuhren um drei Jahre

Zum 01.07.2021 verlängert die EU die Schutzmaßnahmen gegen Stahleinfuhren in Höhe von 25% um drei Jahre. Die bisherigen Maßnahmen sind seit Juli 2018 als Reaktion auf US-Einfuhrbeschränkungen in Kraft. Die Verlängerung folgt auf eine Untersuchung die zwölf EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, angeregt hatten. Laut EU-Untersuchung sind die Schutzmaßnahmen weiter nötig. Die zollbefreiten Importquoten werden jährlich um 3% erhöht. Die EU plant zudem die Maßnahmen anzupassen, sobald die USA ihre Stahlschutzmaßnahmen signifikant ändern. [Weitere Informationen](#)

Einfuhr von Holzverpackungen aus Belarus, China und Indien

Seit 1. März 2021 gilt eine neue Durchführungsverordnung (EU) 2021/127 der Kommission für Einfuhren von Verpackungsmaterial aus Holz für die Beförderung bestimmter Waren mit Ursprung in China, Belarus sowie Indien in das Gebiet der Union und für Pflanzengesundheitskontrollen bei diesem Material. Der Beschluss hebt die Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1137 auf. Es wurden Defizite bei der korrekten Kennzeichnung festgestellt. Welche Waren betroffen sind, erläutert GTAI [hier](#).

Brasilien verlängert Antidumpingzoll auf Aluminiumbleche aus EU

Die Kammer für Außenhandel hat den Antidumpingzoll auf Aluminiumbleche für den Offset-Druck aus der Europäischen Union ab dem 5. Mai 2021 für weitere fünf Jahre verlängert. Betroffen sind alle Unternehmen in der Europäischen Union.

Mehr dazu in den Zoll-News der GTAI.

[Weitere Informationen](#)

Brexit: Aufteilung der Zollkontingente

Die EU verhandelt mit insgesamt 21 Handelspartnern über die Aufteilung der länderspezifischen Kontingente. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gelten neue Zollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Produkte, Fischerei- und Industrieerzeugnisse. Die Kommission stellt eine Übersicht über die Aufteilung der Kontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse post-Brexit zur Verfügung. [Weitere Informationen](#)

Brexit: Nichterledigung von Ausfuhrvorgängen

Seit der Einführung von Zollförmlichkeiten im Warenverkehr zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK) wurde eine hohe Zahl offener Ausfuhrvorgänge, insbesondere bei Lieferungen über Frankreich, festgestellt. Hintergrund sind u.a. IT-technische Defizite des französischen Smart Border Systems. Hierzu wurde von der Zollverwaltung die Atlas-Info 0190/21 zu fehlenden Ausgangsbestätigungen bei Zollabwicklung über Frankreich herausgegeben. Der DIHK setzt sich hierbei für eine größtmögliche Flexibilität bei der Anerkennung alternativer Nachweise ein. Unternehmen sollen beispielsweise, als Alternativnachweis die aus dem Umsatzsteuerrecht bekannte „Spediteurbescheinigung“ von ihren Spediteuren anfordern. Der DIHK setzt sich bei der Generalzolldirektion (GZD) für die flächendeckende Anerkennung der Bescheinigung durch alle Zollämter in Deutschland ein. Zusätzlich finden Gespräche mit der GZD zur Frage möglicher „Sammelerledigungen“ bei offenen Ausfuhrvorgängen statt. [Weitere Informationen](#)

Chinesische Exportkontrolle

Seit dem 1. Dezember 2020 ist in China ein neues Exportkontrollgesetz in Kraft. Ähnlich wie das US-Exportkontrollrecht beansprucht es extraterritoriale Gültigkeit. Die Deutsche Auslandshandelskammer für China hat dazu ein [Merkblatt](#) (Englisch) veröffentlicht.

DIHK-Merkblatt zur Umsetzung der Einwegkunststoffrichtlinie

Am 3. Juli 2021 treten die Einwegkunststoffverbotsverordnung sowie die Einwegkunststoffkennzeichnungsverordnung in Kraft. Diese dienen der Umsetzung der Einwegkunststoffrichtlinie. Ziel ist die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt. Dazu werden ab Sommer dieses Jahres bestimmte Einwegkunststoffprodukte verboten, andere sind entsprechend als solche zu kennzeichnen. Betroffen sind neben Hersteller auch Importeure und Inverkehrbringer. Wer gegen die neuen Vorschriften verstößt, riskiert

Bußgelder von bis zu 100.000 Euro. Weitere Informationen enthält das [DIHK-Merkblatt](#).

Chatbot „TinA“ um eCommerce ergänzt

Ab dem 1. Juli 2021 fällt die bisherige Freigrenze von 22 Euro für eine Einfuhrabgabenbefreiung weg. Hierdurch treten für den eCommerce umfangreiche Änderungen in Kraft. Seit Anfang Juni beantwortet der Chatbot „TinA“ neben Brexitfragen auch Inhalte zum Thema eCommerce. Laut Auskunft des Zolls werden die Inhalte des Chatbots ressortübergreifend von der Zollverwaltung, dem Bundesministerium des Innern (BMI) und dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) zur Verfügung gestellt, sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache. [Weitere Informationen](#)

Indien: Zollbefreiung für Waren zur Pandemiebekämpfung

Die indische Regierung hat mit Verordnung vom 24. April 2021 bestimmte Ausrüstungen, Teile und Medizinprodukte zur Unterstützung bei der Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie vorübergehend von den Einfuhrabgaben "Zoll" (Basic Customs Duty - BCD) und "Gesundheitsabgabe" (Health Cess) befreit. Zu dem Warenkreis zählen unter anderem Ausrüstungen zur Herstellung von medizinischem Sauerstoff, Sauerstofffüllsysteme, Transportbehälter sowie Teile zur Herstellung entsprechender Waren, Beatmungsgeräte sowie Impfstoffe. Die Abgabenbefreiung gilt zunächst bis zum 31. Juli 2021. [Weitere Informationen](#)

Embargo und Sanktionen gegen Belarus (Weißrussland)

Ende Mai hat Belarus eine Passagiermaschine zur Landung gezwungen. Als Reaktion auf diesen Eingriff in den zivilen Luftverkehr traten am Tag nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt vom 04.06.2021 neue bereichsbezogene Beschränkungen gegen Belarus in Kraft. Danach ist es belarussischen Luftfahrzeugen – außer in Notsituationen – verboten, im Hoheitsgebiet der EU zu landen, vom Hoheitsgebiet der EU zu starten, oder das Hoheitsgebiet der EU zu überfliegen (Art. 8b VO (EG) 765/2006). Aus aktuellem Anlass weist das BAFA darauf hin, dass die unmittelbare und mittelbare Erbringung von technischer Hilfe im Zusammenhang mit Rüstungsgütern nach Art. 1b der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 verboten ist. Dies schließt auch Wartungs- und Reparaturmaßnahmen an belarussischen Flugzeugen ein, soweit diese aufgrund ihrer Ausstattung als Rüstungsgut anzusehen sind. Weitere Informationen auf der [Seite des BAFA](#).

Dual-use: Neue EU-Verordnung auch vom Rat verabschiedet

Der Rat hat am 10. Mai 2021 die Verordnung zur Modernisierung des EU-Systems für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlungstätigkeit, der technischen Hilfe, der Durchfuhr und der Verbringung von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-use-Güter) verabschiedet. Die Novelle der EU-Verordnung tritt voraussichtlich am 9. September in Kraft. Diese "Dual-Use-Güter" sind in der Regel für zivile Zwecke vorgesehen, können aber auch von militärischem Nutzen sein. Ihre Ausfuhr unterliegt deshalb einer besonders strikten Reglementierung. [Weitere Informationen](#)

EU-Russland-Sanktionen

In einem „Trade Special“ der GTAI werden die EU-Sanktionen gegen Russland erläutert. Sie beinhalten unter anderem Finanzsanktionen und ein Waffenembargo. Russland erließ dagegen ein Einfuhrverbot für europäische Lebensmittel. Hintergrund des erstmalig im Juli 2014 verhängten EU-Embargos gegen Russland ist die aus EU-Sicht unrechtmäßige Annektion der Halbinsel Krim und der Hafenstadt Sewastopol durch die Russische Föderation. [Weitere Informationen](#)

Zusatzzölle auf Einfuhr von Waren mit Ursprung USA

Mit der Delegierten Verordnung (EU) 2021/704 der Kommission vom 26. Februar 2021 werden zusätzliche Zölle auf die Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung USA in Höhe von 0,1 % erhoben. Betroffen sind folgende Zolltarifnummern: 0710 40 00 Ex 9003 19 00 „Fassungen aus unedlen Metallen“ 8705 10 00 und 6204 62 31. [Weitere Informationen](#)

USA beschließt Strafzölle wegen Digitalsteuer

Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai hat am 7. Juni bekannt gegeben, dass die von Österreich, Italien, Spanien, Indien, Türkei und Großbritannien erhobenen Digitalsteuern diskriminierend seien und den bilateralen Handel beeinträchtigen. Daher wurden Strafzölle in Höhe von 25 Prozent auf verschiedene Warenimporte aus diesen Ländern verhängt. Angesichts der laufenden Verhandlungen auf OECD/G20-Ebene zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft wurde die Erhebung jedoch für 180 Tage ausgesetzt. [Weitere Informationen](#)

Update - US-Handelsministerium - Einfuhrlizenzen für Aluminium

Das Handelsministerium hat am 21. Mai 2021 im Gesetzblatt per Erlass bestätigt, dass US-Importeure von Aluminiumprodukten seit dem 28. Juni 2021 Einfuhrlizenzen beantragen müssen. Einfuhrlizenzen sind bis zu 75 Tagen nach Ausstellung gültig. Die Ausstellung ist gebührenfrei. Für

Sendungen mit einem Warenwert von unter 5.000 US Dollar können Importeure künftig eine sogenannte „low-value-licence“ beantragen. Warensendungen mit einem Wert von unter 2.500 US Dollar sind von der Einfuhrlicenzpflicht ausgenommen. Zusatzzölle von 10 Prozent auf Aluminiumprodukte gelten in den USA derzeit für Ursprungswaren fast aller Länder. Ausgenommen sind unter anderem Kanada, Mexiko und die Vereinigten Arabischen Emirate. Informationen zur Möglichkeit, Ausnahmen von den Zusatzzöllen zu beantragen, hat das Handelsministerium [hier](#) veröffentlicht.

EU-US Einigung: Airbus-Boeing Streit entschärft

Am 15. Juni 2021 haben sich die EU und USA auf eine fünfjährige Aussetzung ihrer gegenseitigen Zusatzzölle geeinigt, die im Rahmen des Airbus-Boeing Handelskonflikts von beiden Seiten erhoben wurden. Außerdem haben sich beide Seiten auf gemeinsame Regeln und Transparenz bei der Subventionierung des Sektors sowie ein gemeinsames Vorgehen gegen marktverzerrende Maßnahmen von Drittstaaten geeinigt. Die WTO hatte im Rahmen des 17-jährigen Handelskonflikts den USA Zölle in Höhe von 7,5 Mrd USD und der EU in Höhe von 4 Mrd USD genehmigt.

[Weitere Informationen](#)

eLearning-Module zum EU-Zollrecht

Die EU-Kommission DG Taxud bietet auf Ihrer Website „EU-Training“ diverse Informationen zu Weiterbildungsmöglichkeiten im EU-Zollrecht (und EU-Steuerrecht) an. Zum einen stellt DG Taxud „eLearning-Kurse und eBooks“ kostenfrei zur Verfügung. Die bislang verfügbaren Inhalte reichen von: Überblick über E-Learning-Kurse zu Zoll und Steuern | Taxation and Customs Union (europa.eu) bis hin zu „AEO“. [Weitere Informationen](#)

(Virtuelle) Messen und Ausstellungen

Auslandsmesseprogramme des Bundes 2022

Die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie (BMWi) und für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unterstützen in Zusammenarbeit mit dem AUMA deutsche Unternehmen bei der Teilnahme an Messen im Ausland. Die Messen, bei denen eine Beteiligung des Bundes durchgeführt wird, werden im Auslandsmesseprogramm (AMP) zusammengefasst und vom AUMA im Internet veröffentlicht. Auf dieser Seite sehen Unternehmen eine [Liste](#) der Messen im Auslandsmesseprogramm 2022. Welche Formen der Beteiligung es gibt, erfahren Unternehmen [hier](#).

Messeprogramm der Exportinitiative Energie für 2022 festgelegt

Im nächsten Jahr können deutsche Unternehmen, die klimafreundliche Energielösungen anbieten, wieder bei ihrer Messebeteiligung im Ausland finanzielle und organisatorische Unterstützung vom Bund erhalten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) unterstützt 2022 im Rahmen der Exportinitiative „Energie“ deutsche Aussteller auf 10 Auslandsmessen mit Umwelttechnologie-Schwerpunkten. Alle Messen der Exportinitiative „Energie“ mit dem Zeichen „EEM“ sind beim [AUMA](#) gelistet.

NRW.Global Business: Alle Auslandsmessen für Kleingruppen des Landes NRW

NRW.Global Business, die Gesellschaft zur Außenwirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen, bietet Unternehmen die Möglichkeit der Auslandsmessebeteiligung in einer Kleingruppe des Landes NRW. In der Veranstaltungsdatenbank finden Unternehmen aktuelle Veranstaltungen für einen anzugebenden Zeitraum, ein Land oder eine Branche. [Weitere Informationen](#)

Westafrikanische Messe & Konferenz für saubere Energie und Umwelt (WACEE'21), 29. -30. September 2021, virtuell

Die WACEE'21 bietet Unternehmen die Plattform, ihre Produkte und Lösungen auf dem wachsenden westafrikanischen Markt für saubere Energie und grüne Technologien bekannt zu machen. Außerdem können sie Ihr Business-Netzwerk erweitern und die neuesten Trends in verschiedenen dynamischen Sektoren aus der westafrikanischen Perspektive kennenlernen. Die WACEE'21 wird von der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Ghana zusammen mit weiteren Partnerorganisationen organisiert. Anmeldung oder Rückfragen bitte per E-Mail oder Telefon: Email: info@wacee.net

Telefon: +233-(0)242 438 760

[Weitere Informationen](#)

Aktuelle Veröffentlichungen

Publikation der AHKs in Südostasien: ASEAN Snapshot 2021

Die sieben AHKs und Delegationen in ASEAN veröffentlichen die 4. Ausgabe des ASEAN Snapshots. Anhand von Infografiken und kurzen Texten gibt dieser einen Überblick über die Region und die wirtschaftlichen Entwicklungen der ASEAN-Mitglieder. Der Fokus des Snapshots liegt auf Wirtschaft, Handel, Investitionen und der Demographie, sowie auf den Geschäftsbeziehungen ausgewählter ASEAN-Staaten mit Deutschland. Den ASEAN Snapshot 2021 finden Sie [hier](#).

44. Auflage der „K und M“

Die Konsults- und Mustervorschriften – kurz: „K und M“ – der Handelskammer Hamburg sind seit 1920 das Standardwerk zum Thema Einfuhrbestimmungen weltweit. Auf über 730 Seiten bieten sie alle Informationen, die für eine schnelle und korrekte Abwicklung von Exportgeschäften unerlässlich sind. [Weitere Informationen](#)

USA/EU - Einigung im Boeing-Airbus-Streit

Im März 2021 vereinbarten USA und EU eine Aussetzung der Zusatzzölle für vier Monate. Im Juli verlängerten die USA und die EU diese Frist auf fünf Jahre. Die Einigung besagt, dass beide Seiten zunächst für fünf Jahre auf die Erhebung der zusätzlichen Zölle verzichten. In diesem Zeitraum wollen die USA und die EU eine dauerhafte Lösung finden. Außerdem einigten sich beide Seiten auf ein Übereinkommen für den Luftfahrtsektor, das künftig zur Vermeidung von Eskalationen solcher Konflikte beitragen soll. Ein Anhang des Übereinkommens zielt auf die gegenseitige Unterstützung gegenüber dem Wettbewerb aus China ab. Für das Vereinigte Königreich wurde ebenfalls eine Einigung erzielt. [Weitere Informationen](#)

DIHK: News International

Aktuelle Informationen zu Ländern und Märkten stellt der DIHK regelmäßig in seinem Newsletter "News International" zusammen. Dieser kann von jedem Unternehmen kostenlos abonniert werden. [Weitere Informationen](#)

Bericht aus Brüssel

Die europäischen Entwicklungen werden vom DIHK-Büro in Brüssel in einem Newsletter zusammengefasst, der [hier](#) aufgerufen und abonniert werden kann.

Brexit News

Die neuesten Informationen rund um das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU veröffentlicht der DIHK monatlich in seinen "[Brexit-News](#)".

IHK International jetzt auch auf Facebook

Ausgewählte Veranstaltungen und Informationen zur Außenwirtschaft finden Sie in der [Gruppe International der IHK Bonn/Rhein-Sieg](#).

Diesen Newsletter abbestellen:

Ich kann meine Einwilligungen, zum Bezug des Newsletters, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft per Post unter der Anschrift: IHK Bonn/Rhein-Sieg, Bonner Talweg 17, 53113 Bonn, oder per E-Mail an: widerruf@bonn.ihk.de widerrufen. Dabei wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der jeweiligen Einwilligung erfolgten Datenverarbeitung nicht berührt.

Nach Widerruf meiner Einwilligung werden meine Daten gelöscht. Ich erhalte dann keinen weiteren Infodienst.

Impressum

Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg
Bonner Talweg 17
D-53113 Bonn
Tel +49 (0)228 2284-0
Fax +49 (0)228 2284-225
E-Mail [info\(at\)bonn.ihk.de](mailto:info(at)bonn.ihk.de)
Internet: www.ihk-bonn.de

Die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird gesetzlich vertreten durch den Präsidenten Stefan Hagen und den Hauptgeschäftsführer Dr. Hubertus Hille. Für den Inhalt verantwortlich im Sinne des § 55 Abs. 2 RStV: Dr. Hubertus Hille, Bonner Talweg 17, D-53113, Bonn